



Verliert Teufen wegen der Fusionen gute Steuerzahler? Diese Frage wird in der Volksdiskussion auch aufgeworfen.

Bild: APZ

## Auch Kantonswechsel sollen möglich sein

Finanzausgleich, Steuern oder Gemeindeidentität trotz Fusionen: Die Beiträge der Volksdiskussion zum regierungsrätlichen Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Starke Ausserrhoder Gemeinden» sind vielfältig.

Selina Schmid

Bei Verfassungs- und Gesetzesvorlagen sowie anderen wichtigen Vorlagen wird in Appenzell Ausserrhoden jeweils nach der ersten Lesung des Kantonsrates eine Volksdiskussion durchgeführt. Doch noch selten wurde dieser eine so grosse Bedeutung beigemessen wie bei der Debatte um die künftige Gemeindestruktur.

Im Februar hatte der Kantonsrat den regierungsrätlichen Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Starke Ausserrhoder Gemeinden» beraten. Dabei verwiesen mehrere Ratsmitglieder auf die anstehende Volksdiskussion, bei der auch Bürgerinnen und Bürger zur Stellungnahme eingeladen waren. Insgesamt gingen 28 Antworten ein, die mit den Unterlagen des Kantonsrats veröffentlicht wurden. Diese Punkte wurden besonders diskutiert.

### Diese Optionen standen zur Diskussion

Zur Diskussion stellte der Regierungsrat drei Varianten, wie der Kanton mit Gemeindefusionen weiterfahren will. Die Variante 1 sieht die Reduktion der Anzahl Gemeinden von heute 20 auf neu 4 vor. Auch nach der Vernehmlassung favorisiert der Regierungsrat diese Variante. Variante 2 ist flexibler und schlägt eine Reduktion auf 4 bis 16 Gemeinden vor. Variante 3 sieht eine Streichung der Namen der Gemeinden aus der Verfassung und die Aufnahme einer neuen Rechtsgrundlage über die administrative und finanzielle Unter-

stützung von Gemeindefusionen vor. Hier ist keine direkte Reduktion der Gemeinden vorgesehen. Diese Variante entspricht inhaltlich weitgehend der Volksinitiative.

Nicht zur Diskussion stellte der Regierungsrat den sogenannten Eventualantrag, welcher als Antwort auf die zweite Volksinitiative zum Thema «Selbstbestimmte Gemeinden» gilt. Sein Ziel ist es, dass für den Zusammenschluss von Gemeinden die Zustimmung der Stimmberechtigten jeder betroffenen Gemeinde erforderlich ist.

### Finanzielle Aspekte spalten Meinungen

Viele der eingegangenen Antworten befassen sich mit den finanziellen Aspekten von Gemeindefusionen. Es wird kritisiert, dass der gegenwärtige kantonale Finanzausgleich Anreize schaffe, die Gemeindestrukturen beim Alten zu belassen. PU-AR-Vorstandsmitglied und Ex-Kantonsrat Ralf Menet aus Gais schiebt etwa, dass der Finanzausgleich ein strukturerhaltendes Instrument sei. Der ehemalige Gemeindepräsident von Herisau, Kurt Kägi, plädiert dafür, dass die finanziellen Ressourcen durch optimierte Gemeindestrukturen wieder vermehrt für Innovationen und Nachhaltigkeit investiert werden sollen.

Auch die Frage nach den Steuern beschäftigt. Der Gemeinderat Stein hält es für unverantwortlich, dass der Steuerfuss im Fall einer Grossfusion zu nur vier Gemeinden teils um 20 Prozent steigen solle. Manche

befürchten steuerliche Abwanderung von wohlhabenden Einwohnenden, gerade in der Gemeinde Teufen, die mit einer Steuererhöhung zu rechnen hätte. Steins Gemeindepräsident Siegfried Dörig sieht den Status Teufens ebenfalls gefährdet und befürchtet, dass der ganze Kanton negative finanzielle Auswirkungen in Kauf nehmen müsste.

Felix Leu aus Teufen rechnet seinerseits aus, welche Mehrbelastung die Fusion für einen Millionärshaushalt bedeuten würde. Nach seiner Rechnung würde ein solcher Haushalt 15 600 Franken mehr Steuern zahlen. Dass deswegen jemand Teufen verlassen würde, würde Leu überraschen. Manche halten gerade die Steuern als Argument für die Variante 1. Wiederum Felix Leu etwa findet, dass die Steuerbelastung durch eine Gemeinde Mittelland ausgeglichener wäre. Auch die GLP Appenzellerland begrüsst eine gewisse Nivellierung der unterschiedlichen Gemeindestrukturen im Sinne von mehr Gerechtigkeit.

### Gemeindeverwaltung nach Fusion besser?

Ein häufiges Argument für grössere Gemeinden ist die Qualität der Verwaltung. Für die GLP Appenzellerland etwa geht es nicht um finanzielle Einsparungen, sondern um die Professionalität, Effizienz und qualitativ besseren Leistungen der öffentlichen Dienste. Andere jedoch befürchten, dass eine grössere Gemeinde mehr Anonymität und folglich weniger Engagement durch die Bürgerinnen und Bürger bedeuten würde.

Ernst Bischofberger aus Waldstatt fürchtet im Falle der Variante 1, dass die Distanz zwischen Bürgern und Politik zunehme und das Interesse an politischer Partizipation erodiere. Es gebe nicht weniger zu tun, aber weniger Milizbereitschaft. Folglich müsste dies durch professionelle und teure Angestellte ersetzt werden.

### Das Argument der Gemeindeidentität

Die Vernehmlassungsantworten zeigen, dass die Diskussion nicht nur durch sachliche, sondern auch durch emotionale Argumente geprägt ist. Werner Frischknecht aus Herisau sieht die potenzielle Verabschiedung von historisch gewachsenen Strukturen als einen weiteren Verlust an Identifikation mit dem Gemeinwesen. Siegfried Dörig ist der Ansicht, dass die Identifikation mit dem Dorf auch mit der Behörde verbunden sei. Elisabeth Eugster aus Trogen nennt dagegen Beispiele von Grossfusionen im Tessin und Graubünden dafür, dass dort die Gemeindeverwaltung deutlich verbessert wurde, jedoch jedes ehemalige Dorf emotional den eigenen Charakter bewahrt habe. Pius Süess-Bischof aus Wolfhalden hält generell für wichtig, dass frühzeitig und kantonsweit eine koordinierte Kommunikation an die Bevölkerung gerichtet werde.

### Eventualantrag auch Thema

Der Eventualantrag der FDP, der bei Fusionen die Zusiche-

rung jeder betroffenen Gemeinde zwingend vorsieht, fand bei zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern Zustimmung. Der Gemeinderat Reute schreibt, dass der Eventualantrag die Anliegen beider Volksinitiativen aufnehmen. Herbert von Burg aus Nieder-teufen meint, dieser Bottom-Up-Weg dauere zwar länger, doch müsse man die Lösung nicht mehr mühsam und langwierig «verkaufen». Hermann Kündig aus Stein bringt die Fusion zu vier Gemeinden gar mit einer Zwangsheirat in Verbindung.

### Zu wenige Informationen für die Diskussion

Ein Thema in der Volksdiskussion war auch die Kommunikation des Kantons. Der Gemeinderat Reute bemängelt, dass der Gegenvorschlag des Regierungsrats keine Informationen zur Zusammensetzung oder Organisation der vier Gemeinden enthalte. Stattdessen sollen die Behörden des Kantons und der Gemeinden das Volk frühzeitig und ausreichend informieren, um so eine freie Meinungsbildung zu ermöglichen. Auch Otmar Zanettin aus Speicher ärgert sich, dass genauere Informationen zum Gegenvorschlag zum Zeitpunkt der Volksdiskussion fehlen.

### Kantonswechsel statt Fusion?

Eine besondere Ergänzung wünscht sich Jörg Frischknecht aus Urnäsch. Eine Gemeinde sollte auch das Recht haben, sich einem Nachbarkanton anzuschliessen, sofern dieser ein-

verstanden wäre. Die Gemeinde Schönengrund hatte anlässlich der Vernehmlassung bereits darauf aufmerksam gemacht.

Auch die Lesegesellschaft Schachen-Reute weist darauf hin, dass ihre effektiven Nachbarn die Kantone St. Gallen und Appenzell Innerrhoden sind. Nur 5 Prozent der Aussen-grenzen teile sich Reute mit Heiden. Sie schreiben, dass Fusionen nicht nur nach Einwohnerzahlen und auf der Landkarte im Büro geplant werden können, sondern sich an die geografischen und topografischen Gegebenheiten orientieren sollen. So schreibt die Lesegesellschaft: «Für eine zukunftsgerichtete Lösung macht es Sinn, den Fokus auch über die Kantonsgrenze hinaus offen zu lassen.»

### Das sind die nächsten Schritte

Noch ist offen, wie es mit der Volksinitiative «Starke Ausserrhoder Gemeinden» weitergeht. Das Anliegen ist thematisch eng mit der Totalrevision der Kantonsverfassung verbunden. In der Volksdiskussion, in der letzten Kantonsratsdebatte und durch die Gemeindepräsidentenkonferenz seien zahlreiche Fragen eingegangen, welche der Regierungsrat erst beantworten muss, sagt Georg Amstutz, Leiter der Kommunikation Appenzell Ausserrhoden. Wann das Geschäft auch in Abstimmung mit der Verfassungsrevision wieder im Kantonsrat behandelt wird, ist derzeit noch offen.